

Geht noch was in Mexiko? – Nur begrenzte Reformhoffnungen

In wenigen Tagen beginnt in Mexiko die vorletzte ordentliche Sitzungsperiode des Kongresses vor den Mega-Wahlen im Juli 2012, bei denen das Präsidentenamt, der Kongress, sechs Gouverneursposten und Landesparlamente sowie hunderte von Bürgermeisterstellen und Gemeinderäte neu besetzt werden. Die Reformagenda, die eigentlich abzuarbeiten wäre, ist nach wie vor lang. Trotzdem besteht wenig Hoffnung, dass die die Parteien sich noch auf signifikante Veränderungen einigen. Längst befindet sich das Land im Vorwahlmodus. Zentral scheint dabei die anstehende Haushaltsdebatte, die vor allem den Gouverneuren der Bundesstaaten die Mittel in die Hand gibt, 2012 auch mit ihrer Handschrift zu versehen. Transparenz ist dabei weitgehend Fehlanzeige.

Eine umfassende Politikreform, grundlegenden Modifizierungen beim Arbeitsrecht und im Steuerwesen und nicht zuletzt die Neuformulierung eines Sicherheitsgesetzes – all das sind Vorhaben, mit denen sich der Kongress zum Teil seit Jahren beschäftigt, ohne zählbare Ergebnisse. Teilweise werden die Initiativen zwischen den beiden Kammern hin und hergeschoben, trotz teilweise weit fortgeschrittener Kompromisse blockieren schlussendlich Partikularinteressen und zum Teil innerparteiliche Konflikte einen Abschluss. Am 1. September geht der Politpoker im Kongress in eine neue Runde, die Parteien beginnen mit der Positionierung.

Interessant werden vor allem die anstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2012. Die im mit der Haushaltshoheit ausgestatteten Abgeordnetenhaus dominierende PRI hat bereits signalisiert, dass sie bei den genannten Reformvorhaben nur dann Kom-

promissbereitschaft zeigen könnte, wenn sich die Zuwendungen an die Bundesstaaten nachhaltig erhöhen – eine übliche Taktik seit Jahren. Dies würde den Gouverneuren, zu zwei Dritteln gehören sie der PRI an, gerade in Wahlkampfzeiten massive zusätzliche Zuwendungen bescheren, die in den seltensten Fällen hinreichender Transparenz unterliegen. Obwohl die Transfers an die Bundesstaaten in den zurückliegenden Jahren schon deutlich gestiegen sind, hat sich deren Verschuldung seit Amtsantritt der Regierung Calderón nach Angaben des Finanzministeriums um rund 131 Prozent erhöht. Sie beträgt jetzt zusammengenommen knapp 317 Milliarden Pesos.

Hier setzt auch die PAN-Argumentation an, die für eine Begrenzung der Ausgaben kämpft. Unklar ist allerdings, wer für sie in den Beratungen die Federführung haben wird. Finanzminister Ernesto Cordero befindet sich mitten im PAN-internen Vorwahlkampf, um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat seiner Partei zu erreichen, entsprechend ist zunehmend von einer Unvereinbarkeit mit dem Ministerposten die Rede. Schwer vorstellbar auch, dass ihm die anderen Parteien vor diesem Hintergrund Erfolge gönnen, wahrscheinlicher schon ist ein Rücktritt in naher Zukunft für den Fall, dass sich seine innerparteilichen Chancen nachhaltig erhöhen.

Streitpunkt Sicherheitsgesetz

Angesichts der nach wie vor dramatischen Sicherheitslage in Mexiko und heftiger Kritik an der Strategie der Regierung – ganz abgesehen von zunehmenden Einsprüchen von Menschenrechtsorganisationen – kommt dem im Kongress liegenden *Gesetz zur na-*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

16. August 2011

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

tionalen Sicherheit – es soll nicht zuletzt die Frage der Befugnisse des Militärs regeln, wenn es im Innern eingesetzt wird – höchste Bedeutung zu. In der jüngsten Zeit hat sich die Debatte zusätzlich emotionalisiert und Kompromisse zwischen den Parteien erschwert.

Sie nehmen nicht zuletzt Rücksicht auf die Mobilisierung des sogenannten *Movimiento por la Paz con Justicia y Dignidad*, die der Dichter Javier Sicilia nach der Ermordung seines Sohnes im Bundesstaat Morelos ins Leben gerufen hat. Verschiedene „Friedenskarawanen“ gingen durchs Land, Sicilia selbst wurde nicht zuletzt in der öffentlichen Debatte zu einer zentralen Figur. Immer wieder wirft er den Parteien „Verrat“ an Absprachen mit der Zivilgesellschaft vor, den „Krieg Calderóns“ bekämpft er mit scharfen Worten.

Schwieriger wird es allerdings, wenn es um konkrete Vorschläge für eine veränderte Sicherheitsstrategie geht, die den Realitäten und der Tatsache Rechnung trägt, dass das organisierte Verbrechen nach wie vor nennenswerte Teile einzelner Bundesstaaten unter seiner Kontrolle hat und es dringend einer Wiederherstellung staatlicher Souveränität bedarf. Neben Sicilia hat sich dazu jetzt auch eine weitere „moralische Autorität“ Mexikos geäußert, die Nationaluniversität UNAM.

Auch sie allerdings kann nicht unbedingt als völlig neutrale Instanz gelten: Wichtige Protagonisten haben engste Verbindungen zur PRI und dessen voraussichtlichem Präsidentschaftskandidaten Enrique Peña Nieto. In einer möglichen künftigen PRI-Regierung kämen sie wiederum für wichtige Funktionen in Betracht. Dies gilt zum Beispiel für Jorge Carpizo vom *Instituto de Investigaciones Jurídicas*, der in der Regierung des Peña Nieto-Förderers Carlos Salinas de Gortaria Generalstaatsanwalt und Innenminister war. Generalsstaatsanwalt war auch sein Mitstreiter Diego Valadés Ríos vom gleichen Institut, UNAM-Rektor Narro Robles kämpft gleichzeitig für seine Wiederwahl.

So verwundert die scharfe Kritik an der bisherigen Sicherheitsstrategie der Regierung

Calderón nicht, auch wenn sich manche Forderungen mit Projekten der Regierung decken. Dazu gehört der Wunsch nach einer Polizeireform oder einer ebensolchen im Bereich des Strafrechts. Zu den Vorschlägen gehören aber auch solche zur Verhinderung der Geldwäsche, zur Stärkung der Menschenrechte und zu einer besseren Prävention.

Bürger spüren Unsicherheit

Vorschläge also allenthalben, gleichwohl bleibt der Ausgang offen. Ein großes Problem angesichts der Tatsache, dass die Bevölkerung die Sicherheitsproblematik auf ihrer Prioritätenskala sehr hoch einstuft – in der Regel direkt nach ihren ökonomischen Problemen. Die Opferorganisation „México Unido Contra la Delincuencia (MUCD)“ hat vor kurzem besorgniserregende Ergebnisse ihrer Nationalen Umfrage über die Wahrnehmung der Bürger in Sachen Sicherheit veröffentlicht: Danach empfanden 82 Prozent der Befragten die Sicherheitslage schlechter als vor zwei Jahren. Von 30 Prozent auf 58 Prozent ist in den letzten zwölf Monaten die Zahl derer angestiegen, die an einen „Sieg“ der organisierten Kriminalität glaubt. Eine hohe Zustimmung erfährt nach wie vor die Beteiligung des Militärs an der Verbrechensbekämpfung: 71 Prozent der Befragten waren dafür. Eine direkte Beteiligung von US-amerikanischen Sicherheitskräften auf mexikanischem Boden wird von 67 Prozent dagegen abgelehnt. 70 Prozent sprachen sich gegen eine Legalisierung von Drogen aus, eine ebenfalls überwältigende Mehrheit von 74 Prozent lehnt Verhandlungen mit den Verbrechersyndikaten ab.

Wie beim Sicherheitsgesetz sieht es auch für eine grundlegende Politikreform nach wie vor eher trübe aus. Die innerparteiliche Kontroverse in der PRI vor allem blockiert mit widerstreitenden Interessen eine Einigung. Soll das längst disfunktionale politische System Mexikos eher durch eine Stärkung des Parlaments oder eher durch eine Steigerung der Machtbefugnisse des Präsidenten erneuert werden – hier scheiden sich die Geister. Zu einer Aufhebung des Nicht-Wiederwahlverbots sind PRI und PRD zudem nur teilweise bereit, speziell Bürgermeister

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

16. August 2011

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

will die PRI davon ausschließen. Wenig Perspektiven also in zentralen Fragen. Gleiches gilt für die Reform des Arbeitsrechts, wo vor allem PRI-Bündnisse mit bestimmten Gewerkschaftsverbänden eine Flexibilisierung verhindern. Ebenso wenig scheint sich im Steuerrecht zu bewegen.

Währenddessen bleibt immerhin die Popularität von Präsident Felipe Calderón stabil. Laut einer Umfrage der Zeitung *El Universal* vom 8. August sind 53 Prozent der Mexikaner mit der Arbeit Calderóns mindestens teilweise zufrieden, 32 Prozent lehnen sie mehr oder weniger stark ab und 14 Prozent wollten sich nicht entscheiden. Gleichzeitig meinen allerdings 49 Prozent der Befragten, der augenblickliche Moment sei der schlechteste seiner bisherigen Amtszeit, 52 Prozent sagten, Calderón sei hinter ihren Erwartungen zurückgeblieben. Auch steigt die Zahl derer, die von seiner noch verbleibenden Regierungszeit nicht mehr viel erwarten.

Nachwirkungen der Regionalwahlen

Alle Parteien sind mittlerweile mit den Vorbereitungen des Wahljahres 2012 und ihrer internen Kandidatenauswahl beschäftigt. Speziell bei PAN und PRD gehen zudem die Analysen zu den verlorenen Regionalwahlen im Juli weiter – die Frage, welche Konsequenzen zu ziehen sind, spaltet die Formationen. Obwohl weitgehend versucht wird, auf Schuldzuweisungen zu verzichten, ist die Analyse vielerorts doch klar: eine Wahlallianz hätte vermutlich im Bundesstaat Nayarit den Sieg bedeutet und diesen der PRI abgenommen. Im Bundesstaat Mexiko wäre man zumindest wettbewerbsfähiger gewesen, als allein.

Interessant nach wie vor, dass die sehr niedrige Wahlbeteiligung im Bundesstaat Mexiko von nur rund 45 mit relativ hohen Wahlbeteiligungen in Coahuila und Nayarit kontrastiert, wo rund 60 Prozent erreicht wurden. Überall ist es der Legitimation mexikanischer Wahlen sicher abträglich, dass die Wahlverlierer reflexartig zum Mittel der Wahlanfechtung griffen – so berechtigt dies im Einzelfall gewesen sein mag. Die Wahlgerichte allerdings haben inzwischen alle Ergebnisse bestätigt, die neuen Gouverneu-

re können ihre Ämter antreten. Bei den deutlichen Abständen bei den Wählerpräferenzen wäre alles andere auch mehr als erstaunlich gewesen.

Insgesamt bleibt in der Rückschau – neben der enormen Einmischung der jeweiligen PRI-Landesregierungen in jedweder Form und unter tiefen Griffen in die klientelistischen Trickkisten die Analyse der Demoskopin María de las Heras richtig (*El País*, 12.7.2011), die umfragegestützt die PRI - Siege einerseits auf die Schwäche von PAN und PRD zurückführt (Unzufriedenheit mit der Arbeit des Präsidenten, schwache Kandidaten, fehlende Vorschläge, schlechter Wahlkampf, interner Streit), andererseits auf aktuelle Vorteile der PRI. Konsequenz: „55 Prozent der Wähler sind überzeugt, dass die die Wahl 2012 zu einem überwältigenden Triumph der PRI wird, in einem Ausmaß wie bei den Gouverneurswahlen vor einigen Tagen.“

Das Kandidatenfeld für 2012

Die PAN treibt derweil die Vorbereitungen für ihre interne Kandidatenauswahl voran. Offiziell sollen die Mitglieder darüber zwar erst ab November entscheiden und erst im Februar soll dieser Prozess mit der Kandidatenskür beendet sein – im Vorwahlkampf aber befinden sich nach dem Rückzug des Arbeits- und des Sozialministers nach wie vor fünf Bewerber: An der Spitze der umfrageermittelten Präferenzen liegen die Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Josefina Vázquez Mota und Senator Santiago Creel, ihnen folgen in deutlichem Abstand die Minister Ernesto Cordero (Finanzen) und Alonso Lujambio (Bildung) sowie der Gouverneur von Jalisco, Emilio González Márquez.

Für den wahrscheinlichen Mitgliederentscheid will die Parteiführung des Feld möglichst auf drei Bewerber reduzieren, um eine bessere Profilierung zuzulassen. Derzeit weist die Mitgliederliste der PAN 298.076 aktive Mitglieder und 1.461.458 Sympathisanten auf. Damit wären, legt man das Auswahlverfahren von 2005 zugrunde, 1.759.534 PANistas wahlberechtigt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

16. August 2011

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

Auch der interne Wettbewerb in der PRD nimmt Fahrt auf. Gestützt auf die Bewegung *Democratas de Izquierda* und die *Fundación Equidad y Progreso* versucht Hauptstadtbürgermeister Marcelo Ebrard seine Ambitionen zu untermauern. Unterstützung erhielt er dabei jetzt vom Schriftsteller Carlos Fuentes, der ihn als die „beste Option der Linken“ bezeichnete und der Publizistin Soledad Loeza, die bisher als glühende Anhängerin seines internen Rivalen Andrés Manuel López Obrador (AMLO) galt.

Auf der anderen Seite mobilisieren auch die Anhänger Andrés Manuel López Obradors (AMLO). René Bejarano und seine Frau, die PRD-Generalsekretärin Dolores Padierna, organisierten eine Massenkundgebung in der Hauptstadt, bei der sie die Ambitionen des 2006 nur knapp unterlegenen Präsidentschaftskandidaten fördern wollten. Die Kleinparteien PT und *Convergencia*, letztere wurde gerade in *Movimiento Ciudadano* umbenannt, stehen zudem bereit, ihn auf den Schild zu heben. Mit dem *Movimiento de Regeneración Nacional* hat López Obrador zudem in den zurückliegenden Jahren eine im ganzen Land etablierte Basisbewegung ins Leben gerufen, die seiner Kandidatur zum Erfolg verhelfen soll.

Beide Bewerber werden nicht müde, zu versichern, dass man sich auf einen transparenten Auswahlprozess geeinigt habe, der den in der öffentlichen Meinung besser Platzierten im Herbst als alleinigen Kandidaten bestätigen werde. Ob sich insbesondere López Obrador allerdings bei einem für ihn negativen Ausgang wirklich daran gebunden fühlen würde, darf bezweifelt werden.

Allein bei der PRI bleibt es bisher ruhig, auch wenn der Vorsitzende der Senatsfraktion, Manlio Fabio Beltrones, immer wieder betont, er werde intern gegen die in allen Umfragen bestens positionierten Gouverneur des Bundesstaates Mexiko, Enrique Peña Nieto antreten. Beim Parteivorsitzenden Humberto Moreira liegt es vor allem, einen möglichst geräuschlosen Wettbewerb zu organisieren und dafür zu sorgen, dass die Partei angesichts jüngster Erfolge nicht Opfer der eigenen Überheblichkeit wird.

Eine Augenblicksaufnahme der Kräfteverhältnisse liefert eine aktuelle Umfrage der Zeitung *El Universal* am 15. August 2011. Dabei gaben 40 Prozent der Befragten an, 2012 die PRI wählen zu wollen, 24 bzw. 11 Prozent äußerten sich zugunsten von PAN bzw. der PRD. Bei der Kandidatenfrage lag Enrique Peña Nieto mit 59 Prozent klar vorn.

Die bestplatzierten PAN-Kandidaten Santiago Creel bzw. Josefina Vazquez Mota kämen auf 21 bzw. 16 Prozent. Fragt man nur die Parteianhänger, zeigen sich ebenfalls die gleichen Präferenzen: 32 Prozent votieren für Creel, 27 Prozent für Vázquez Mota. Andere Umfragen hatten sie in diesem Zweikampf jüngst knapp vorn gesehen – alles Zahlen sind derzeit allerdings mit Vorsicht zu genießen. Andere mögliche Kandidaten wie etwa Finanzminister Ernesto Cordero bleiben im einstelligen Bereich und leiden nicht zuletzt unter ihrem fehlenden Bekanntheitsgrad.

Bei der PRD würden es demnach Marcelo Ebrard auf 30 und Andrés Manuel López Obrador auf 27 Prozent schaffen. In diesem Falle zeigte sich allerdings einmal mehr, dass den leichten Vorteilen Ebrards bei der Gesamtbevölkerung gewaltige Präferenzunterschiede zugunsten AMLOs gegenüberstehen, werden nur die PRD-Anhänger berücksichtigt. Dieses Detail dürfte Kern der Auseinandersetzungen um die Methode sein, nach der die Partei schließlich ihren Präsidentschaftskandidaten benennen will.

Letzter Test Michoacan

Auf regionaler Ebene hat sich bei einer internen Kandidatenkür der PAN für den Gouverneursposten des Bundesstaates Michoacan derweil die Schwester der Präsidenten, Luisa María Calderón Hinojosa (55) durchgesetzt. Ihr unterlegener Gegenkandidat, Senator Marko Cortés, wird versuchen, für die Partei das Bürgermeisteramt der Landeshauptstadt Morelia zu erobern. 41 Prozent der Parteimitglieder beteiligten sich an der Abstimmung. Für die PRD wird Silvano Aureoles Conejo antreten, für die PRI ist Fausto Vallejo Figueroa der Kandidat.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

16. August 2011

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

Die Wahlen in diesem hochkonfliktiven Bundesstaat – zeitweise hatten die Parteien überlegt, angesichts der Sicherheitsproblemen einen „Einheitskandidaten“ aufzustellen – finden am 13. November statt und sind der letzte regionale Testlauf vor den Urnengängen Mitte 2012. Calderón erneuert damit den Anlauf, als erste Frau für die PAN ein Gouverneursamt zu gewinnen. In früheren Jahren war sie bereits Bundesabgeordnete und Senatorin. Für ihren Bruder und sein Image ist diese Nominierung nicht ohne Risiko – eigentlich hatte Luisa María angekündigt, sich in der laufenden Präsidentenamtzeit von allen politischen Betätigungen fernzuhalten.

Traditionell liegen die drei großen Parteien in Michoacan in der Wählergunst dicht beieinander. Im aktuellen Landtag – auch er wird neu besetzt – verfügt die PRD – sie regiert auch den Bundesstaat – über 14 Mandate, die PAN über 12 und die PRI über 10. Jeweils ein Mandat entfallen bisher auf die Grünen, die PT, Convergencia und Nueva Alianza. Neu gewählt werden am 13. November auch die 113 Gemeindevorstände Michoacans. Hier hat die PRI bisher 48, die PRD 40 und die PAN 19 Gemeinden unter ihrer Führung. Für die Gouverneurswahlen hat die PAN bereits eine Wahlallianz mit der „Lehrerpartei“ *Nueva Alianza* verabredet.

Was wird aus der Wirtschaft

Sorgenvoll blickt Mexiko derzeit einmal mehr auf die sich abschwächende Konjunktur in den USA, dem nach wie vor mit rund 80 Prozent größten Wirtschaftspartner Mexikos und Quelle namhafter Überweisungen von Auslandsmexikanern in ihr Heimatland. Allen Wünschen zum Trotz ist es Mexiko nämlich nicht gelungen, den eigenen Binnenmarkt nennenswert zu stimulieren. Aktuelle Zahlen belegen sogar stark rückläufige Haushaltseinkommen in den vergangenen zwei Jahren mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Konsummöglichkeiten der Bevölkerung – und die Wahlchancen einer Regierungspartei.

Finanzminister Ernesto Cordero versucht daher, mit starken Tönen dagegenzuhalten. Mexiko sei gut gesichert, so dass Credo, al-

lerdings nicht unverwundbar. Auch verweist er auf makroökonomische Erfolge der PAN-Regierungen: Mexiko sei kein armes Land, sondern eines mit mittlerem Einkommen, die meisten Menschen zählten sich zur Mittelklasse. Bereits vor einigen Monaten hatte Cordero mit der Aussage für Furore gesorgt, Familien mit einem Einkommen von 6000 Pesos (knapp 400 Euro) seien in der Lage, einen Kredit aufzunehmen, ein Auto zu kaufen oder die Privatschule für ihre Kinder zu bezahlen.

Dem hielten Kommentatoren entgegen, dass die Weltbank von über 50 Prozent Armen in Mexiko ausgehe. Der mexikanischen Evaluierungsrat Coneval (Consejo Nacional de Evaluación de Política y Desarrollo Social) stellte zudem fest, zwischen dem ersten Trimester des Jahres 2005 und dem ersten Trimester des laufenden Jahres sei die Zahl der Mexikaner, die von ihrem Einkommen nicht den Kauf des grundlegenden Nahrungsmittelwarenkorb bestreiten könnten, um 16,8 Prozent gestiegen. Bundesstaaten mit mehr Nähe zu den internationalen Märkten – eine Auswirkung der Krise von 2009 – seien besonders betroffen. 20 Millionen Mexikaner seien von dieser Armutform betroffen. Rechne man die fehlende Möglichkeit adäquater Ausgaben für Bildung- und Erziehung hinzu, steigt diese Zahl auf 28 Millionen.

Der einflussreiche Publizist Macario Schettino meinte in der Zeitung *El Universal*, der Finanzminister habe zwar Recht, könne seine Position offenbar aber nicht richtig erklären. Generell gäbe es ein Problem mit angemessenen Definitionen. Der aktuelle Zenus habe gezeigt, dass eine Familie mit 6000 Pesos in der Regel über Fernseher, Kühlschrank und Waschmaschine verfüge und durchaus an größere Anschaffungen denken könne. 45 Prozent der Haushalte verfügten über ein Auto.

Kaum war dieses Thema abgehakt, schlug Cordero mit einer neuen These zu, die begrenzt ihre Berechtigung hat. Der Finanzminister lobte sich und die PAN-Regierungen dafür, dass die Kaufkraft der Mindesteinkommen sich in der vergangenen Dekade erhöht habe. Experten relativierten auch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MEXIKO

FRANK PRIESS

16. August 2011

www.kas.de/mexiko

www.kas.de

diese These: Momentan liegt das monatliche Mindesteinkommen bei 1741 Pesos, 4,1 Prozent höher als vor 12 Monaten. Bei einer Inflation von 3,36 Prozent im gleichen Zeitraum ergibt dies eine Kaufkraftsteigerung von 0.7 Prozent. In den zurückliegenden 11 Jahren stieg das Mindesteinkommen insgesamt um 65.3 Prozent, die akkumulierte Inflationsrate stieg um 65,2 Prozent. Resultat: die Aussage des Ministers ist nicht falsch, das Resultat allerdings keineswegs beeindruckend!

Sollte sich die Prognose von 4,5 Prozent für das mexikanische Wirtschaftswachstum im Jahr 2011 bestätigen, bleibt die Bilanz der ersten fünf Jahre Calderón-Regierung gleichwohl mager: Im Durchschnitt wäre das Bruttoinlandsprodukt dann um 1,6 Prozent jährlich gewachsen – bei einer Umrechnung auf das BIP pro Kopf ergäbe sich sogar nur eine jährliche Steigerung von 0,6 Prozent. Nicht zu vergessen allerdings: die weltweite Wirtschaftskrise seit 2008 - für sie macht im Vergleich zur Vergangenheit sicher niemand Mexiko verantwortlich – und die Tatsache, dass Mexiko sie trotz seiner Verwundbarkeit mit Blick auf die USA recht gut bewältigt hat. Die Bürger allerdings messen wirtschaftliche Erfolge naheliegender Weise an der Lage im eigenen Portemonnaie – und das bleibt eine echte Herausforderung für die Regierung und die sie tragende Partei.